

INTEGRATIONSBUREAU

Bern, den 18. Juli 1963

Notiz an Herrn Bundesrat Wahlen Na.
Herrn Bundesrat Schaffner

Europäische Integration und
Informationspolitik der Schweiz
im Ausland

1. Durch Beschluss des Bundesrates vom 8. Juli 1962 wurde ein Betrag von Fr. 200'000.- gemäss dem Vorschlag des EPD und des EVD vom 30. Mai 1962 für die schweizerische Informationstätigkeit im Ausland dem Integrationsbureau in Verbindung mit dem Dienst für Information und Presse des EPD zur Verfügung gestellt. Das vom Integrationsbureau vorgelegte Programm sah folgendes vor:
 - a) Reisen von Vortragsrednern ins Ausland
 - b) Einladung von ausländischen Journalisten
 - c) Organisierung von "tables rondes" und öffentlichen Debatten
 - d) Schriftliche Dokumentation in Form von Artikeln, Broschüren, Büchern.

2. Dieses Programm war darauf ausgerichtet, für die Verhandlungen der Schweiz mit der EWG ein günstiges Klima zu schaffen und während den Verhandlungen die schweizerische Position zu erklären. Da die Entwicklung durch das Scheitern der Verhandlungen Grossbritanniens mit der EWG einen andern Verlauf genommen hat, wurde unser Informationsprogramm nur zum Teil durchgeführt und im übrigen den Verhältnissen angepasst.
 - a) Eigentliche Vortragsreisen ins Ausland wurden nicht organisiert; hingegen wurden Beiträge bzw. Reisekosten für Vorträge im Ausland übernommen.



10/11

- 2 -

- b) Die Einladungen von ausländischen Journalisten, vor allem aus den Ländern der EWG (8) und aus den USA (4), wurden bis zum Januar 1963 fortgesetzt. Während das eigentliche Programm dann ausgesetzt wurde, haben wir von sich bietenden Gelegenheiten, mit ausländischen Journalisten ins Gespräch zu kommen, weiterhin mehrfach Gebrauch gemacht. So hatten wir insbesondere den Besuch von zwei Herren des "Economist" sowie von Journalisten aus Polen, Griechenland, Libanon, Vietnam und USA.
- c) Die in Basel vom 8.- 10. November abgehaltene "Table ronde des problèmes de l'Europe" über das Thema "Die Neutralen und die Europäische Integration" brachte vor allem auf innenpolitischem Gebiet die Diskussion in Bewegung.
- d) Das wichtigste und umfangreichste Projekt war das Jahrbuch NHG, das gegenüber den ursprünglichen Plänen erweitert worden war, was eine gewisse Verzögerung verursacht hat. Die Nachfrage unserer Botschaften war erheblich grösser, als anfänglich geschätzt worden war, weshalb der vom Bund übernommene Teil der Auflage von 10'000 auf 16'000 Exemplare erhöht wurde, und zwar 3'200 Exemplare in deutscher, 3'800 in französischer, 800 in italienischer, 6'000 in englischer und 2'200 in spanischer Sprache. Darüber hinaus hat die Neue Helvetische Gesellschaft 12-13'000 Exemplare des Jahrbuches an die schweizerische Industrie verkauft, die diese über ihre Auslandsniederlassungen zur Verteilung bringt. Der vom Bund übernommene Teil der Auflage wird durch die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz im Ausland vor allem den Behörden, Bibliotheken, Journalisten abgegeben. Ferner wurde den Mitgliedern des Verbandes der Auslandspresse in der Schweiz je ein Exemplar des Jahrbuches überreicht. Vorgesehen ist, den diplomatischen Vertretungen des Auslands in der Schweiz sowie den internationalen Organisationen das Jahrbuch ebenfalls zukommen zu lassen.
- Ferner wurde über unsere diplomatischen Vertretungen im Ausland eine grössere Zahl von Dokumenten, vor allem Vorträge und

Artikel, verteilt, die teilweise vorher in andere Sprachen zu übersetzen waren (z.B. "La Suisse à contre-courant" von Herbert Lüthy). Die Verteilung der Artikel erfolgte oft an einen sehr grossen Kreis.

3. Die Ergebnisse der Journalistenreisen sind durchwegs als erfreulich zu bezeichnen. Meist schlugen sie sich in einem oder mehreren Artikeln nieder, die der Schweiz recht sympathisch gesinnt waren. Die Verteilung von Vorträgen und Artikeln über unsere Botschaften findet ebenfalls ein günstiges Echo und sollte fortgesetzt werden. Das Jahrbuch der NHG stösst auf grosses Interesse. Das Echo ist bisher erfreulich.
4. Gegenwärtig zielen die Bemühungen um Aufklärung der öffentlichen Meinung anderer Länder nicht in erster Linie auf eine Vorbereitung des Verhandlungsklimas für Assoziationsverhandlungen der Schweiz mit der EWG. Trotzdem erweist es sich als notwendig, über die allgemeine Sympathiewerbung und die Erläuterung unserer Neutralitätspolitik hinaus unsere handelspolitische Stellung klarzulegen. Gegenwärtig sind vor allem folgende Aspekte des Integrationsproblems im Ausland zu verdeutlichen:
 - a) Die Schweiz wünscht eine ganz Europa umfassende Lösung, die Liberal und weltoffen gehalten ist. Es sind, wie die Erfahrung zeigt, nicht die neutralitäts- und staatspolitischen Vorbehalte der Schweiz, die Schwierigkeiten auf dem Weg zur Erreichung dieses Zieles verursachen.
 - b) Die Schweiz sieht sich in gleicher Weise wie andere nicht zur EWG gehörende Länder einer wirtschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt.
 - c) Die Bedeutung der EFTA für die schweizerische Wirtschaft und die europäische Integration.
 - d) Die Erläuterung des Wesens der EFTA als Freihandelszone, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern, die sich von der EWG diskriminiert fühlen.

- e) Das Verhalten der Schweiz und der EFTA als Ganzes in den GATT-Verhandlungen.
- f) Die Beziehungen zwischen den Neutralitäts- und den staatspolitischen Erfordernissen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bedürfen weiterhin der Erklärung.
5. War bisher die Aufklärungsarbeit über die schweizerische Integrationspolitik auf die EWG und in zweiter Linie auf die USA konzentriert, so ergibt sich heute die Notwendigkeit einer Verbreiterung des Aktionsfeldes. In den EFTA-Ländern selbst ist eine Vertiefung des EFTA-Gedankens zu erreichen, verbunden mit einer Orientierung über die schweizerische Neutralität und die Stellung der Schweiz zum Gemeinsamen Markt. Das gleiche Bedürfnis empfindet übrigens auch Grossbritannien, das seine individuellen Einladungen an schweizerische Journalisten verstärkt fortsetzt. In den Drittländern sind ebenfalls unsere handelspolitische Stellung und die Erfordernisse der Neutralität darzulegen, ergänzt durch eine Aufklärung über das Wesen der EFTA. Es ist dafür zu sorgen, dass diese Länder die ihnen aus der Handelspolitik der EWG allfällig erwachsenden Nachteile nicht der EFTA zur Last legen. In den EWG-Ländern ist zu verhüten, dass dort der Eindruck eines Desinteresses der Schweiz an einer Regelung mit der EWG entsteht. Weiterhin sind hier die Bedeutung der schweizerischen Neutralität, ihre Rolle in Europa und der Welt und das von der Schweiz angestrebte Fernziel einer gesamteuropäischen Lösung und ferner der nicht aggressive Charakter der EFTA darzulegen. Die durch die bisherigen Einladungen in den EWG-Ländern gewonnenen Stützpunkte bei der Presse sind zu wahren und auszubauen, allein schon um uns neben der EWG-Propaganda Gehör zu verschaffen.
6. Unter den gegebenen Umständen möchten wir Ihnen deshalb vorschlagen, die bisher eingeleiteten Bemühungen, den gegenwärtigen Verhältnissen angepasst, fortzusetzen. Im einzelnen könnte für das Jahr 1964 folgendes Programm vorgesehen werden:

- 5 -

- a) Vortragsreisen. Von dieser Möglichkeit sollte vermehrt Gebrauch gemacht werden. Die Kosten für je eine Vortragsreise nach den USA und in einige EWG-Länder wären mit 12 bis 15'000 Franken (bisher Fr. 30'000.-) einzusetzen.
- b) Einladungen an ausländische Journalisten. Während das Programm vom Juni letzten Jahres die Einladung einer verhältnismässig kleinen Zahl von nur 20 Journalisten vorsah, die auf unsere Kosten nach der Schweiz reisten und hier während dreier Tage intensive politische Gespräche führten, sollte für 1964 eine grössere Zahl von Journalisten, denen aber ein weniger belastendes Programm geboten würde, vorgesehen werden. Die Zahl der für einen Journalisten jeweils zu vereinbarenden Unterredungen soll verkleinert und der Kreis der damit betrauten Funktionäre vergrössert werden, um die Beanspruchung des Einzelnen zu verringern. Sie würden nur noch in Ausnahmefällen, wenn wir Ihr Interesse annehmen, begrüsst werden. Der Aufenthalt in der Schweiz sollte kürzer sein und die Reisekosten bis zur Grenze nur in besondern Fällen zu unsern Lasten gehen. Vorzusehen wäre der Besuch von ca. 50 Journalisten, die einzeln oder in kleinen Gruppen durchschnittlich für 2 Tage unsere Gäste wären. Ferner sollten Journalistengruppen, die aus andern Anlässen unser Land besuchen, in vermehrtem Masse als bisher in dieses Programm einbezogen werden.

Insgesamt wäre für Journalistenbesuche mit folgenden Kosten zu rechnen:

Einzelreisen oder kleine Gruppen von 50 Journalisten, während 2 Tagen (Tageskosten Fr. 100.-)	Fr. 10'000.-
Beitrag an Reisekosten	" 5'000.-
Beteiligung an Journalistengruppen, die unser Land bereisen	" 10-15'000.-
	<hr/>
Total	Fr. 25-30'000.-
	<hr/>

(bisher Fr. 25'800.-)

c) Für 1964 liegt vorläufig noch kein spezifiziertes Projekt einer "Table ronde" oder öffentlichen Debatte vor. Trotzdem sollte ins Auge gefasst werden, von einer allfällig sich bietenden Möglichkeit Gebrauch zu machen, weshalb wir hierfür einen Betrag von Fr. 10'000.- (bisher Fr. 20-30'000.-) vorsehen.

d) Publikationen. Für die Verteilung von Artikeln und Vorträgen über unsere Botschaften, einschliesslich Honorarkosten, Uebersetzungen, eventuell Druck oder Bezug von Separatabzügen, sollte ein erhöhter Betrag von Fr. 25'000.- (bisher Fr. 15'000.-) eingesetzt werden.

Ob die vor einem Jahr vorgesehene Broschüre, für die damals als Kostenidee 40'000 Franken eingesetzt worden waren, oder ob ein Betrag in dieser Grössenordnung für die Beteiligung an einer andern Publikation verwendet werden soll, kann jetzt noch nicht entschieden werden. Die Möglichkeit, in dieser Richtung eine Aktion zu unternehmen, sollte aber durch Einsetzen eines gleich hohen Betrages wie im letzten Jahr geschaffen werden.

e) Für den Ankauf von Publikationen (Zeitungen, Bücher, Kartotheken) über das Integrationsproblem wäre ein Betrag von Fr. 5'000.- separat auszusetzen. Bisher wurden derartige Anschaffungen ebenfalls schon über unsern Kredit verbucht.

7. Von dem uns vor einem Jahr zur Verfügung gestellten Kredit von Fr. 200'000.- wurden 1962 Fr. 6'000.- und 1963 bisher Fr. 49'000.-, total Fr. 55'000.- verauslagt (Fr. 28'000.-/^{Ausgabengruppe}Entschädigungen und Honorare, Fr. 27'000.-/^{Ausgabengruppe}Verwaltungsauslagen). In diesen Zahlen sind die Kosten für das Jahrbuch NHG nur zum Teil eingeschlossen; ausstehend sind noch Rechnungen für ca. Fr. 60'000.-. Für den Rest des laufenden Jahres steht dem Integrationsbureau somit noch ein Betrag von rund Fr. 75'000.- aus diesem Kredit zur Verfügung.

8. Falls Sie mit unseren Vorschlägen einverstanden sind, beabsichtigen wir, zur Bestreitung der unter 6) aufgeführten Ausgaben dem Informations- und Pressedienst des EPD zur Einsetzung ins ordentliche Budget 1964 einen Betrag von Fr. 120'000.- (bisher

- 7 -

Fr. 200'000.-) für das Integrationsbureau anzumelden. Sollte sich dieser Kredit als nicht ausreichend erweisen, was je nach der politischen Entwicklung und der Notwendigkeit zu speziellen Aktionen der Fall sein kann, so bleibt die schon bisher bestehende Möglichkeit einer Erhöhung über den Kredit des Politischen Departementes offen.



Kopie an Herren Botschafter Stopper
Minister Jolles
Languetin, Iselin, Frank
Integrationsbureau

Information und Presse EPD
Herrn Deuber, EPD.